

Weitere Steuersenkung für die Stadt

Die Stadt Luzern profitiert von hohen Firmengewinnen. Nun will der Stadtrat den Steuerfuss 2025 erneut senken.

Robert Knobel

Kriens und Luzern haben etwas gemeinsam: Beide Städte machten 2023 riesige Gewinne. In Kriens betrug das Plus 60 Millionen Franken, in der Stadt Luzern wurden sogar 80 Millionen mehr eingenommen als ausgegeben.

Diese Rekordergebnisse haben vor allem einen Grund: Die Einnahmen aus Firmensteuern liegen in beiden Städten massiv über den Erwartungen. In der Stadt Luzern spülten die Firmen 2023 nahezu doppelt so viel Geld in die Stadtkasse wie im Jahr zuvor, nämlich 165 Millionen Franken. Das teilte der Stadtrat am Dienstag mit. Noch eindrücklicher ist der Vergleich der vergangenen paar Jahre: Seit 2017 haben sich die Einnahmen aus Firmensteuern mehr als verdreifacht. Für die markante Zunahme der Firmensteuern seien einige wenige, extrem gewinnträchtige Unternehmen verantwortlich, sagt der Stadtrat. Um welche Firmen es sich handelt, sagt die Stadt wegen des Steuergeheimnisses nicht.

Vermutlich sind es Pharmafirmen

Doch es ist anzunehmen, dass es sich um Firmen aus dem Bereich Pharma/Medizintechnik handelt, die während der Coronapandemie spektakuläre Gewinne machten – und entsprechend viel Steuern bezahlen.

Ähnlich dürfte die Situation in Kriens sein: Auch dort sind einige wenige Firmen für den ungewöhnlichen Finanzsegen verantwortlich. Tatsächlich sind in Luzern und Kriens einige sehr bedeutende Firmen aus der Pharma- und Medizintechnikbranche ansässig – so etwa Merck Sharp & Dohme (MSD)



Die Stadt Luzern steht finanziell hervorragend da.

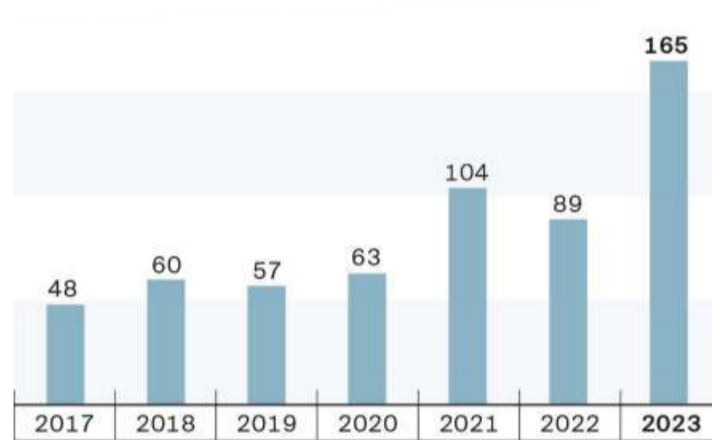
Bild: Patrick Hürlimann (22. 8. 2023)

und Fresenius Kabi. Seit 2021 ist zudem die amerikanische Pharmafirma Organon, die sich auf Frauengesundheit spezialisiert hat, in Luzern ansässig. Auch sie dürfte massgeblich zum Anstieg der Firmensteuern beigetragen haben. Andere Gemeinden, die keine solchen Firmen haben, verzeichnen denn auch nicht so spektakuläre Zunahmen an Steuereinnahmen.

Da gleichzeitig die Steuereinnahmen von natürlichen Personen stagnieren, verschiebt sich das Verhältnis: Firmensteuern werden für die Stadt Luzern immer wichtiger. Machten sie vor zehn Jahren noch 14 Prozent der gesamten Steuereinnahmen

Einnahmen Firmensteuern Stadt Luzern

In Millionen Franken



Quelle: Stadt Luzern / Grafik: mlu

aus, so sind es heute mehr als ein Drittel.

Auch künftig so hohe Steuereinnahmen

Doch wie nachhaltig ist diese Entwicklung? Werden die Einnahmen aus Firmensteuern dauerhaft so hoch sein – oder werden sie sich bald wieder auf dem Niveau der früheren Jahre einpendeln? Die Stadt nennt denn auch Wegzüge oder Gewinneinbrüche von wichtigen Firmen als grösstes Risiko für die Zukunft. Der städtische Finanzverwalter Roland Brunner spricht von einem «Klumpenrisiko». Dennoch stehen die Zeichen auf Grün: Gemäss Eigen-

einschätzung der Firmen seien in naher Zukunft keine dramatischen Gewinneinbrüche zu erwarten, sagt Finanzdirektorin Franziska Bitzi (Mitte). «Die Stadt kann zuversichtlich sein, dass auch in den kommenden Jahren mit hohen Steuererträgen gerechnet werden darf».

Der Stadtrat hat mehrere Zukunftsszenarien durchgespielt. Im besten Fall fliessen die Steuern derart üppig, dass der Steuerfuss von heute 1,65 auf 1,55 Einheiten gesenkt werden kann. Damit käme die Stadt Luzern in die Nähe von Horw – das mit 1,45 Einheiten zu den steuergünstigsten Gemeinden im Kanton gehört. Im schlimmsten Fall wiederum müssten die Steuern auf 1,7 Einheiten erhöht werden. Der Stadtrat hat sich nun auf einen Mittelweg festgelegt: 2025 will er die Steuern auf 1,6 Einheiten senken. Das wollte er bereits für das aktuelle Jahr, doch eine linke Mehrheit im Parlament verhinderte dies: Deshalb wurde der Steuerfuss 2024 lediglich von 1,7 auf 1,65 gesenkt.

Dass der Stadtrat nun erneut mit 1,6 Einheiten plant, sorgt bei der SP für Ärger. Ihre Haltung zur Steuersenkung werde wohl «kritisch-ablehnend» sein, sagt SP-Grossstadtrat Simon Roth. «Mit den zusätzlichen Steuereinnahmen von einzelnen Firmen werden so Steuergeschenke an die Vermögenden verteilt.» Dabei, so Roth, habe die Stadt erst gerade neue Finanzregeln beschlossen. Diese besagen, dass der Stadtrat eine Steuersenkung vorschlagen muss, sobald das Vermögen der Stadt über 400 Millionen Franken liegt. Diese Schwelle ist zurzeit noch nicht erreicht – daher gebe es im Moment keine Dringlichkeit, die Steuern weiter zu senken.

Vom Taler zu Twint – zum Leid von Randständigen

Die Schweizer Bevölkerung bezahlt seltener mit Bargeld. Das hat verschiedene Konsequenzen, sagt die Gassenarbeit.

Miriam Abt

Wie viel Bargeld befindet sich in Ihrem Portemonnaie? Sollte es in den letzten Monaten weniger geworden sein, sind Sie damit nicht alleine: 84 Franken trägt Herr und Frau Schweizer im Schnitt mit sich herum, im Mai vergangenen Jahres waren es gut 30 Franken mehr. Über ein Achtel der Befragten hat derweil üblicherweise kein Cash mehr auf sich.

Das besagen die aktuellsten Ergebnisse des sogenannten «Swiss Payment Monitor», einer Erhebung der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften und der Universität St.Gallen. Und es ist nicht die einzige Entwicklung zulasten von Papier- und Metallgeld: Generell geht der Gebrauch von Barem zurück – erstmals seit dessen sprunghafter Abnahme bei Ausbruch der Pandemie. Nach der Debitkarte bleibt Bargeld zwar das zweitwichtigste

Zahlungsmittel, jedoch nur noch knapp vor digitalen Lösungen wie Twint oder Apple Pay.

Ganz zum Leid von jenen, die auf den analogen Franken angewiesen sind. Randständigen Menschen etwa wird das Betteln als Einkommensquelle erschwert, wenn weniger Münz verwendet wird. «Man muss länger auf der Strasse betteln, um den gleichen Betrag wie früher zu erhalten», sagt Roger Lütolf, Sprecher des Vereins Kirchliche Gassenarbeit Luzern.

Gassenarbeit sucht nach bargeldloser Lösung

Auch die von der Gassenarbeit herausgegebene und von Gassenleuten vertriebene «Gassezeitung» bekommt diese Entwicklung zu spüren: Seit einiger Zeit sei ein Rückgang der Absatzzahlen feststellbar, so Lütolf. Er führt diesen Umstand neben der sinkenden Bargeldmoral auch auf den Gesundheitszustand der Verkäuferinnen und Verkäufer

Verschleierte Covid-Kredite beschäftigen die Polizei

Kurzfristig betrachtet hat die Anzahl an Geldwäscherei-Delikten im Kanton Luzern abgenommen: Zwischen 2022 und 2023 sind die Fälle um einen Drittel von 101 auf 68 zurückgegangen, wie dem Geschäftsbericht der Luzerner Polizei zu entnehmen ist. Im Vergleich mit den letzten fünf Jahren sind die Zahlen je-

zurück. «Die derzeitigen Konsumformen machen es für Suchtbetroffene noch schwieriger, sich auf den Verkauf zu konzentrieren», sagt er und weist auf die Verbreitung von Kokain in Form von Crack und Freebase, die auch im Kanton Luzern spürbar ist. Was die Bezahlproblematik betrifft, so sei die Gassenarbeit – wie schon vor einem Jahr – auf der Suche nach einer bargeldlosen Alternative.

doch nach wie vor überdurchschnittlich hoch. Das erklärt sich die Polizei primär mit Fällen im Zusammenhang mit Covid-Krediten, wie es auf Anfrage heisst. An den Gebrauch von Bargeld sei das Deliktfeld nicht zwingend gebunden: «Geld wird über verschiedene Wege gewaschen.» (abt)

Bis Ende 2024 dürfte sich allenfalls eine Lösung abzeichnen. Die Schwierigkeit bestehe darin, dass für elektronischen Geldtransfer eine Bankkarte sowie ein funktionstüchtiges Handy nötig ist. «Das ist für einige Menschen mit einer Suchtproblematik bereits eine grosse Herausforderung», sagt Lütolf.

Tiefer in den Untergrund geblickt, dürfte der neue Umgang mit Zahlungsmitteln allerdings

auch positive Aspekte mit sich bringen: «Aus Sicht der Bekämpfung der Geldwäscherei ist es sicher ein Vorteil», sagt Rechtsanwältin Claudia Valérie Brunner, die an der Hochschule Luzern Wirtschaft doziert sowie den Themenbereich Wirtschaftskriminalität leitet.

Illegal erwirtschaftetes lasse sich in Form von Bargeld einfacher verschleiern, da bei elektronischen Zahlungsmitteln jede Transaktion nachvollziehbar ist. Ausserdem werden im digitalen Raum Massnahmen gegen Geldwäsche eingesetzt: So sollen beispielsweise Compliance-Systeme bei aussergewöhnlichen Geldtransaktionen Warnhinweise abgeben.

«Bargeld abzuschaufen fände ich falsch»

Gleichzeitig hätten digitale Zahlungsmittel aber auch diverse Nachteile, fügt Brunner an. «Je mehr wir uns auf elektronische Geräte verlassen, desto grösser

ist das Risiko eines kompletten Ausfalls.» Bei einem Cyberangriff auf die technische Infrastruktur wären wir ohne Bargeld beispielsweise nicht mehr in der Lage, Lebensmittel zu kaufen. Im kleinen Rahmen habe Brunner dies schon selbst erlebt: Als beim Einkauf bei einem Detailhändler das Zahlensystem ausgefallen ist, stand die bargeldlose Kundschaft verloren herum, erzählt sie.

Dazu komme, dass sich Anwenderinnen und Anwender von elektronischen Zahlungsmitteln oftmals nicht bewusst sind, dass die Unternehmen für jede Transaktion Gebühren zu entrichten haben – die letztlich wieder auf die Kundschaft überwälzt werden und dadurch die Einkäufe verteuern. Wie bei allem im Leben, sagt Brunner, brauche es einen vernünftigen Umgang: «Es spricht nichts gegen elektronische Zahlungsmittel, aber Bargeld abzuschaufen fände ich falsch.»